

BACHELORARBEIT

Untersuchung und Entwurf einer möglichen Interaktionsstelle zwischen Beitragszahler und öf- fentlich-rechtlichen MedienUn- tersuchung und Entwurf einer möglichen Interaktionsstelle zwischen Beitragszahler und öf- fentlich-rechtlichen Medien

vorgelegt am 26. März 2022
Felix Linz

Erstprüferin: Sven Janzen
Zweitprüfer: Prof. Thomas Görne

**HOCHSCHULE FÜR ANGEWANDTE
WISSENSCHAFTEN HAMBURG**

Department Medientechnik
Finkenau 35
20081 Hamburg

Zusammenfassung

Die öffentlich-rechtlichen Medien gelten als zentrales Element demokratischer Öffentlichkeit – und stehen zugleich immer häufiger in der Kritik. Diese Arbeit untersucht, ob und wie Beitragszahlende über eine digitale Schnittstelle Einfluss auf inhaltliche Entscheidungen öffentlich-rechtlicher Medien nehmen könnten. Ausgehend von einer kritischen Analyse bestehender Strukturen, werden spekulative Modelle partizipativer Interaktion entwickelt, deren gesellschaftlicher Nutzen und mögliche Risiken im Spannungsfeld zwischen Medienethik, demokratischer Teilhabe und technologischem Wandel reflektiert werden. Ziel ist nicht nur ein gestalterischer Entwurf, sondern auch die Befragung seiner praktischen, politischen und ethischen Realisierbarkeit.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	2
Abkürzungsverzeichnis (bei Bedarf)	5
Abbildungsverzeichnis	6
Tabellenverzeichnis (bei Bedarf)	7
Formelverzeichnis (bei Bedarf)	8
2. Öffentlich-rechtliche Medien in Deutschland: Struktur, Auftrag und Funktion	10
Was sind öffentlich-rechtliche Medien, und was ist ihr gesetzlicher Auftrag?	10
Was bedeutet der Begriff?	10
Funktionsprinzip	10
Duale Medienordnung und Finanzierung	11
Kontrolle	12
2.1 Gesellschaftliche Funktion des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.....	13
Medienstaatsvertrag	13
2.3.2. Zufriedenheit	19
Medienvertrauen	20
Geringes Wissen über Journalismus korreliert mit geringem Medienvertrauen	26
3. Einflussmöglichkeiten auf den ÖRR.....	27
Beratung bei der Programmherstellung	27
Politische Einflussnahme.....	29
6.1 Internationale Beispiele partizipativer Medien-Governance	31
8. Methodisches Vorgehen und gestalterische Haltung	31
9. Prototypische Entwürfe als Lösungsansätze	32
10. Gefahren	32
11. Gesellschaftlicher Nutzen	32
11.1 Mögliche Langzeitwirkungen und Zukunftsszenarien	32
Literaturverzeichnis	33
Anhang	34
Eigenständigkeitserklärung.....	35

Abkürzungsverzeichnis (*bei Bedarf*)

ÖRR

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Bei der Gestaltung des Abkürzungsverzeichnisses gilt es zu beachten, dass in der Regel nur solche Abkürzungen angegeben werden, die nicht Teil des üblichen Sprachgebrauchs sind. Abkürzungen wie z. B., u. a. oder bzw. gehören nicht in ein Abkürzungsverzeichnis. Ob ein Abkürzungs-, Abbildungs-, Tabellen- oder Formelverzeichnis oder andere Verzeichnisse erforderlich sind, hängt von der Anzahl der aufzulistenden Elemente ab.

Abbildungsverzeichnis

<u>Abbildung 1: Absatzmarken anzeigen lassen</u>	1
<u>Abbildung 2: Aktualisierung der Verzeichnisse</u>	2
<u>Abbildung 3: Silbentrennung</u>	2
<u>Abbildung 4: Abbildungsbeschriftung</u>	3

Tabellenverzeichnis (*bei Bedarf*)

<u>Tabelle 1: Tabellenbeschriftung Quelle: Eigene Darstellung</u>	4
---	---

Formelverzeichnis (*bei Bedarf*)

<u>Formel 1: Berechnung der absoluten Summenhäufigkeit bei univariaten Datenanalysen</u>	3
--	---

2. Öffentlich-rechtliche Medien in Deutschland: Struktur, Auftrag und Funktion

Was sind öffentlich-rechtliche Medien, und was ist ihr gesetzlicher Auftrag?

Für die Beantwortung der Kernfrage dieser Arbeit ist es unumgänglich zu verstehen, was genau öffentlich-rechtliche Medien in Deutschland gegenwärtig sind und welchen Auftrag sie erfüllen. Ohne dieses Grundwissen wäre es weder möglich, die Legitimität bestehender Beteiligungsmechanismen zu bewerten, noch einen stichhaltigen Prototypen für eine potenzielle neue Mitgestaltungsmöglichkeit für Beitragszahler*innen zu entwickeln. Dieses Kapitel dient daher der begrifflichen und strukturellen Grundlegung.

Was bedeutet der Begriff?

Die Friedrich Ebert Stiftung beschreibt auf ihrer Website den ÖRR in Deutschland folgendermaßen: „Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eine zentrale Säule der freien Meinungsbildung in Deutschland. Die westlichen Alliierten förderten nach 1945 den Aufbau regional verankerter, staatsferner und nicht kommerzieller Rundfunkanstalten in öffentlicher Trägerschaft[...] Die britische BBC galt als Vorbild, die Stärkung der jungen Demokratie war das Ziel. Nach den verheerenden Erfahrungen mit staatlich gelenkter Propaganda im Nationalsozialismus und im Staatssozialismus erschien es besonders zentral, unabhängige Informationen bereitzustellen und eine ausgewogene Ansprache und Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen zu gewährleisten.“¹. Demnach ist der ÖRR in Deutschland eine Sammlung selbstständig agierender Akteure, die nicht nur unabhängig agieren, sondern auch eine wichtige Rolle in der demokratischen Meinungsbildung Deutschlands einnehmen.

Zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland gehören heute die neun Landesrundfunkanstalten der ARD, das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) sowie das Deutschlandradio².

Funktionsprinzip

Auf der Website der Bundeszentrale für politische Bildung beschreibt die Redaktion von „Kurz & Knapp“ das Funktionsprinzip des ÖRR als Auftrag mit seinen Angeboten zum

¹ FriedrichEbertStiftung2022

² KurzundKnappRedaktion2020

Prozess der freien individuellen und öffentlichen Meinungsbildung beizutragen und dadurch die demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft zu erfüllen. Die Öffentlich-rechtlichen Medien seien dazu verpflichtet, einen umfassenden Überblick über das Geschehen in allen wesentlichen Lebensbereichen zu geben. Die Angebote müssten der Bildung, Information, Beratung und Unterhaltung dienen. Explizit erwähnt werde ein besonderer Fokus auf die Kultur.

Um diesen Auftrag zu erfüllen, müssten sich die öffentlich-rechtlichen Sender an bestimmte Programmgrundsätze halten. So sollten sie Objektivität, Unparteilichkeit, Meinungsvielfalt und Ausgewogenheit wahren und so einen Beitrag zur Verwirklichung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung leisten. Um auch wirtschaftlich unabhängig zu sein, würden sie nicht aus Steuern, sondern vorrangig durch Rundfunkgebühren finanziert.³ Der Medienstaatsvertrag ist der Nachfolger des Rundfunkstaatsvertrags, der seit 1991 galt und immer wieder erweitert wurde. Die Umbenennung solle signalisieren, dass das Gesetz jetzt nicht mehr nur für Fernsehen und Radio gelte, sondern auch für die vielen digitalen Medienanbieter.⁴ Allerdings gelten viele Grundsätze auch schon davor. So stellte das Bundesverfassungsgericht bereits 1986 klar:

„In der dualen Ordnung des Rundfunks, wie sie sich gegenwärtig in der Mehrzahl der deutschen Länder auf der Grundlage der neuen Mediengesetze herausbildet, ist die unerlässliche ‚Grundversorgung‘ Sache der öffentlich-rechtlichen Anstalten, deren terrestrischen Programme nahezu die gesamte Bevölkerung erreichen und die zu einem inhaltlich umfassenden Programmangebot in der Lage sind. Die damit gestellte Aufgabe umfasst die essentiellen Funktionen des Rundfunks für die demokratische Ordnung ebenso wie für das kulturelle Leben in der Bundesrepublik. Darin finden der öffentlich-rechtliche Rundfunk und seine besondere Eigenart ihre Rechtfertigung. Die Aufgaben, welche ihm insoweit gestellt sind, machen es notwendig, die technischen, organisatorischen, personellen und finanziellen Vorbedingungen ihrer Erfüllung sicherzustellen.“⁵

Hieraus ergeben sich mehrere relevante Fragen. Zuerst: Wie gestaltet sich diese „duale Ordnung“ im Falle Deutschlands konkret?

Duale Medienordnung und Finanzierung

Neben den öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten, der ARD (Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland), dem ZDF und dem Deutschlandradio, der Deutsche Welle (DW), die in vielen Sprachen sendet und nur

³ KurzundKnappRedaktion2020

⁴ Frank2020

⁵ bpb2010

im Ausland zu empfangen ist⁶, gibt es seit Anfang 1984 auch privatwirtschaftlich-kommerzielle Sender. Johannes Piepenbrink, Redakteur von "Aus Politik und Zeitgeschichte", beschreibt diese privaten Medien im Unterschied zum ÖRR als nicht werbefinanziert und an keinen bestimmten Auftrag gebunden, und im Gegensatz zum ÖRR auch nicht dem Gemeinwohl verpflichtet. Dagegen finanziere sich der ÖRR aus etwa 80 Prozent Rundfunkgebühren und habe den klaren Auftrag der gesamten Bevölkerung eine unabhängige Grundversorgung mit Informationen, Bildung, Kultur und Unterhaltung zu bieten.⁷ Zur Finanzierung dürfen die ÖRR TV-Sender 20 Minuten täglich Werbung ausstrahlen. Nach 20 Uhr sowie Sonntags und Feiertags ist es ihnen allerdings untersagt Werbung zu senden.⁸ Demzufolge ist eines der wichtigsten Themen für die Funktionalität des ÖRR die finanzielle Unabhängigkeit, die ihm erst die Möglichkeit bietet, seine anderen Aufgaben unbefangen und gewissenhaft bewältigen zu können. Im ihrem juristischen Fachartikel „Öffentlich-rechtlicher (G)rundfunk“ schreiben Bovermann und Stowasser zur Finanzierung die Rundfunkgebühren seien die vorrangige Finanzierungsquelle des ÖRR, welche um Einnahmen aus Werbung und anderen Quellen ergänzt würden. Um den Rundfunkbetrieb finanziell zu ermöglichen, habe das BVerfG den Gesetzgeber verpflichtet eine bedarfsgerechte Finanzierung zu gewährleisten.⁹ Des weiteren schreiben sie dort über die hieraus entstehende Unabhängigkeit und „Staatsferne“. Diese bedeute Konkret, dass der Staat selbst weder redaktionell tätig sein dürfe, noch andere journalistische Angebote mittelbar oder unmittelbar beeinflussen dürfe. Dieses beuge einer politischen Vereinnahmung vor und schließe einen Staatsfunk aus. So werde garantiert, dass sowohl antidemokratische als auch demokratische Kräfte den ÖRR nicht für ihre Zwecke missbrauchen könnten.¹⁰

Kontrolle

Wenn der Staat also rechtlich gar keine Kontrolle auf den ÖRR ausüben kann, stellt sich die Frage, wie dieser stattdessen gegenwärtig kontrolliert wird. In der Zeitschrift für aktuelle Debatten zur deutschen Wirtschaftspolitik „Wirtschaftsdienst“ erklären Beck und Prinz, in ihrem 2023 erschienen Artikel „Öffentlich-rechtlicher Rundfunk unter Druck“, dass eine wichtige Rolle dabei die internen Aufsichtsgremien spielten, beim ÖRR seien das der Rundfunkrat (beim ZDF der Fernsehrat) und der Verwaltungsrat.¹¹ Der Rundfunkrat überwacht, ob die öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Radiosender ihren gesetzlichen Sendeauftrag erfüllen – das heißt, ob sie mit ihrem Programmangebot zur Information, Bildung, Beratung, Kultur und Unterhaltung und zur Sicherheit der Meinungsvielfalt in

⁶ Steinlein2023

⁷ Piepenbrink2009

⁸ Steinlein2023

⁹ Bovermann2024

¹⁰ Bovermann2024

¹¹ Beck2023

Deutschland beitragen.¹² Darüberhinaus berate er den Intendanten oder die Intendantin bei allgemeinen Programmangelegenheiten, genehmig den Haushalt und den Jahresbericht. Die Mitglieder des Rundfunkrates würden von gesellschaftlichen, weltanschaulichen und politischen Organisationen und Gruppen in den Rat entsandt, sollten aber im Interesse der Allgemeinheit entscheiden. Die zweite Kontrollinstanz innerhalb des ÖRRs seien die Verwaltungsräte, sie sollten die Geschäftsführung des Intendanten oder der Intendantin überwachen und kontrollieren. Sie legten den Haushaltsplan und den Jahresabschluss fest und kontrollierten die Beteiligung des ÖR an Unternehmen. Auch im Verwaltungsrat kämen die Mitglieder aus der Mitte der Gesellschaft; die Mitgliedschaft sei – wie beim Rundfunkrat – ein öffentliches Ehrenamt. Beck und Prinz zeigen allerdings im Artikel auch ihre Perspektive auf, der zufolge die Kontrollgremien des ÖRR unter großem Reformdruck stünden. Dieser müsse in den kommenden Jahren ein effektives System der Unternehmensführung installieren und dessen Finanzierung müsse überdacht werden. Darüber hinaus müssten Anpassungen an eine digitalisierte Medienwelt erfolgen.¹³

2.1 Gesellschaftliche Funktion des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Die Funktion des ÖRR in der Gesellschaft zu verstehen ist wichtig um sie in der Gestaltung nicht zu verändern oder zu zerstören, sondern sie bestenfalls noch zu bereichern.

Allerdings fungieren Journalisten immer noch als vierte Gewalt im Staat. Sie sollen Judikative, Legislative und Exekutive überwachen und die Menschen über Verfehlungen und Missstände aufklären. Die Pressefreiheit ist eines der höchsten Güter in Deutschland und im Grundgesetz verankert.

Medienstaatsvertrag

Auf genau einhundertunddrei Seiten voller Paragraphen finden sich die Regeln, die den „Rundfunkstaatsvertrag“ ersetzen. Der sogenannte „Medienstaatsvertrag“ ist nicht das einzige Gesetz für Medien in Deutschland. Die Rechte und Pflichten der Presse regeln die Landespressegesetze, für Websitebetreiber gilt das Telemediengesetz und die Höhe des Rundfunkbeitrags steht im Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag.¹⁴ Im folgenden sollen die Gesetze beleuchtet werden, die zur Beantwortung der Leitfrage besonders relevant erscheinen.

¹² Steinlein2023

¹³ Beck2023

¹⁴ Frank2020

§ 26Auftrag

(1) Auftrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist, durch die Herstellung und Verbreitung ihrer Angebote als Medium und Faktor des Prozesses freier individueller und öffentlicher Meinungsbildung zu wirken und dadurch die demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft zu erfüllen. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben in ihren Angeboten einen umfassenden Überblick über das internationale, europäische, nationale und regionale Geschehen in allen wesentlichen Lebensbereichen zu geben. Sie sollen hierdurch die internationale Verständigung, die europäische Integration, den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie den gesamtgesellschaftlichen Diskurs in Bund und Ländern fördern. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben die Aufgabe, ein Gesamtangebot für alle zu unterbreiten. Bei der Angebotsgestaltung sollen sie dabei die Möglichkeiten nutzen, die ihnen aus der Beitragsfinanzierung erwachsen, und durch eigene Impulse und Perspektiven zur medialen Angebotsvielfalt beitragen. Allen Bevölkerungsgruppen soll die Teilhabe an der Informationsgesellschaft ermöglicht werden. Dabei erfolgt eine angemessene Berücksichtigung aller Altersgruppen, insbesondere von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, der Belange von Menschen mit Behinderungen und der Anliegen von Familien. Die öffentlich-rechtlichen Angebote haben der Kultur, Bildung, Information und Beratung zu dienen. Unterhaltung, die einem öffentlich-rechtlichen Profil entspricht, ist Teil des Auftrags. 1Der Auftrag im Sinne der Sätze 8 und 9 soll in seiner gesamten Breite auf der ersten Auswahlebene der eigenen Portale und über alle Tageszeiten hinweg in den Vollprogrammen wahrnehmbar sein.¹⁵

Hiernach ist der Auftrag der öffentlich rechtlichen also sowohl umfangreich als auch vielfältig. Erreicht werden soll damit gesellschaftlichen Zusammenhalt herzustellen, alle gesellschaftlichen Schichten anzusprechen, deren Teilhabe am politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess zu ermöglichen, auseinanderstrebende Tendenzen der Massengesellschaft zusammenzuführen, alle Bürger oder doch möglichst viele am Zeitgespräch der Gesellschaft zu beteiligen sowie Bürgersinn und Engagement für das demokratische Gemeinwesen zu motivieren.¹⁶ Der Aspekt Information wird im Gesetzestext wie folgt beschrieben:

§ 2Begriffsbestimmungen

25. unter Information insbesondere Folgendes zu verstehen: Nachrichten und Zeitgeschehen, politische Information, Wirtschaft, Auslandsberichte, Religiöses, Sport, Regionales, Gesellschaftliches, Service und Zeitgeschichtliches

¹⁵ Medienstaatsvertrag2024 §26

¹⁶ Lilienthal2009

26. unter Bildung insbesondere Folgendes zu verstehen: Wissenschaft und Technik, Alltag und Ratgeber, Theologie und Ethik, Tiere und Natur, Gesellschaft, Kinder und Jugend, Erziehung, Geschichte und andere Länder¹⁷

Dagmar Hoffman leitet aus diesen vergleichbaren Gesetzen aus dem damaligen Rundfunkstaatsvertrag den Bildungsauftrag und die Informationspflicht der Öffentlich-rechtlichen Anbieter als Aufgabe ab, die Grundversorgung der gesamten Bevölkerung ohne Rücksicht auf Einschaltquoten zu gewährleisten. Grundversorgung bedeute die technische und inhaltliche Sicherung einer umfassenden Berichterstattung. Es solle ein an die Allgemeinheit gerichtetes, inhaltlich vielfältiges Programm sowie eine möglichst flächendeckende Übertragung sichergestellt werden. Der Rundfunk solle durch die Auswahl von Programmen und Themen die freie Meinungsbildung und kulturelle Vielfalt gewährleisten. Ferner soll er mit seinem Angebot der Bildung, Information, Beratung und Unterhaltung den Rezipienten dienen.¹⁸

Im Rundfunkstaatsvertrag wird im zweiten Abschnitt §26 Satz 1 darauf verwiesen, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in ihren Angeboten einen umfassenden Überblick über das internationale, europäische, nationale und regionale Geschehen in allen wesentlichen Lebensbereichen zu geben hätten. Sie sollten hierdurch die internationale Verständigung, die europäische Integration, den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie den gesamtgesellschaftlichen Diskurs in Bund und Ländern fördern.¹⁹ Dadurch soll die internationale Verständigung, die europäische Integration und der gesellschaftliche Zusammenhalt in Bund und Ländern gefördert werden.

Der Informationsbegriff wird im Medienstaatsvertrag sehr weit gefasst und umfasst Nachrichten und Zeitgeschehen, politische Information, Wirtschaft, Auslandsberichte, Religiöses, Sport, Regionales, Gesellschaftliches, Service und Zeitgeschichtliches. Bildung bezieht sich auf die Bereiche "Wissenschaft und Technik, Alltag und Ratgeber, Theologie und Ethik, Tiere und Natur, Gesellschaft, Kinder und Jugend, Erziehung, Geschichte und andere Länder".

Der Informationsbegriff wird im Rundfunkstaatsvertrag (§ 2) sehr weit gefasst und umfasst Nachrichten und Zeitgeschehen, politische Information, Wirtschaft, Auslandsberichte, Religiöses, Sport, Regionales, Gesellschaftliches, Service und Zeitgeschichtliches. Bildung bezieht sich auf die Bereiche "Wissenschaft und Technik, Alltag und Ratgeber, Theologie und Ethik, Tiere und Natur, Gesellschaft, Kinder und Jugend, Erziehung, Geschichte und andere Länder". Bildungssendungen im weiteren Sinne seien also Programme und Sendungsreihen, deren bildende Inhalte eine möglichst breite Bevölkerungsschicht ansprechen sollten, z. B. Programme im Feature- oder Magazinformaat zu naturwissenschaftlichen Themen oder Gesellschaft und Technik.

¹⁷ Medienstaatsvertrag2024 §2

¹⁸ Hoffmann2016

¹⁹ Medienstaatsvertrag2024 §26

Investigativer Journalismus solle den Zweck der Information und Orientierung erfüllen sowie politische Positionierungen ermöglichen.²⁰ Für Investigativen Journalismus und alle weiteren Programm gelten die in § 3 definierten allgemeinen Grundsätze, die besagen, dass der ÖRR in ihren Angeboten die Würde des Menschen zu achten und zu schützen habe, des weiteren seien die sittlichen und religiösen Überzeugungen der Bevölkerung zu achten. Darüberhinaus sollen die Angebote sogar dazu beitragen „die Achtung vor Leben, Freiheit und körperlicher Unversehrtheit, vor Glauben und Meinungen anderer zu stärken“ und „dem Abbau von Diskriminierungen gegenüber Menschen mit Behinderungen“ nicht entgegenzustehen. Berichterstattungen müssten unabhängig und sachlich sein. Nachrichten hätten vor ihrer Verbreitung mit der gebotenen Sorgfalt auf Wahrheit und Herkunft geprüft zu werden.²¹ In §26 heißt es über den Auftrag des ÖRR in diesem Zusammenhang die ÖRR seien bei der Erfüllung ihres Auftrags der verfassungsmäßigen Ordnung und in besonderem Maße der Einhaltung journalistischer Standards, insbesondere zur Gewährleistung einer unabhängigen, sachlichen, wahrheitsgemäßen und umfassenden Information und Berichterstattung wie auch zur Achtung von Persönlichkeitsrechten verpflichtet. Ferner sollten sie die einem öffentlich-rechtlichen Profil entsprechenden Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit achten und in ihren Angeboten eine möglichst breite Themen- und Meinungsvielfalt ausgewogen darstellen.²²

§ 2Begriffsbestimmungen

27.unter Kultur insbesondere Folgendes zu verstehen: Bühnenstücke, Musik, Fernsehspiele, Fernsehfilme und Hörspiele, bildende Kunst, Architektur, Philosophie und Religion, Literatur und Kino²³

Dieser so definierten Kultur soll der ÖRR laut § 26Auftrag des Medienstaatsvertrags „dienen“.²⁴ Aufschlussreiche Zusammenhänge über die gesellschaftliche Rolle dieser Diener-schaft lassen sich in einem Diskussionsbeitrag des Spitzenverbandes der Bundeskulturver-bände „Deutscher Kulturrat“ finden. Hier heißt es der öffentlich-rechtliche Rundfunk habe für den Kulturbereich in Deutschland eine herausragende Bedeutung. Er sei wesent-licher Auftraggeber für die Kultur- und Kreativwirtschaft. Einige Genres wie z.B. das Hör-spiel und das Hörbuch würden überwiegend vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk beauf-tragt und gesendet. Der ÖRR sei ferner der größte Auftraggeber für zeitgenössische Kom-

²⁰ Hoffmann2016

²¹ ²¹ Medienstaatsvertrag2024 §3

²² Medienstaatsvertrag2024 §26

²³ ²³ Medienstaatsvertrag2024 §2

²⁴ Medienstaatsvertrag2024 §26

positionen der verschiedenen Genres. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sei des weiteren unverzichtbar für die Kulturberichterstattung, und zwar sowohl hinsichtlich der regionalen Berichterstattung als auch der landes- und bundesweiten. Zum Kulturjournalismus im öffentlich-rechtlichen Rundfunk gehörten u. a. die Kunstkritik, die Kulturberichterstattung, die Besprechung und Einordnung von künstlerischen Werken, die Beobachtung und die Auseinandersetzung mit dem kultur- und gesellschaftspolitischen Geschehen. Die Kulturberichterstattung habe ihrerseits erheblichen Einfluss auf den Bekanntheitsgrad von Künstlerinnen und Künstlern und ihrer Werke. Sie beeinflusse damit mittelbar den wirtschaftlichen Erfolg und habe Rückwirkungen auf die Kultur- und Kreativwirtschaft.

Der Deutsche Kulturrat weist daraufhin, dass die Einschränkung der Hörfunkwellen zu einem Verlust an regionaler Kulturberichterstattung, der Übertragung von Konzerten unterschiedlicher Musik-Genres bzw. von kulturpolitischen Debatten sowie insgesamt der Ausstrahlung von Musik führen würde. Der Hörfunk sei von unschätzbarem Wert. Kulturveranstaltungen wie auch das künstlerische Schaffen in den Regionen fänden vor allem in den regionalen Hörfunksendungen ihren Platz.²⁵

§ 2 Begriffsbestimmungen

28. unter Unterhaltung insbesondere Folgendes zu verstehen: Kabarett und Comedy, Filme, Serien, Shows, Talk-Shows, Spiele, Musik²⁶

Seinen ganz eignen Einblick in sein Verständnis von Kultur hat der Bundesgerichtshof in seinem Urteil „1 BvR 1602/07“ gegeben. Hier heißt es die Unterhaltung könne wichtige gesellschaftliche Funktionen erfüllen, so wenn sie Realitätsbilder vermittele und Gesprächsgegenstände zur Verfügung stelle, an die sich Diskussionsprozesse anschließen könnten, die sich auf Lebenseinstellungen, Werthaltungen und Verhaltensmuster bezögen. Der Schutz der Pressefreiheit umfasse sogar unterhaltende Beiträge über das Privat- und Alltagsleben prominenter Personen und ihres sozialen Umfelds, insbesondere der ihnen nahestehenden Personen.²⁷

Wie die Compliance im aktuellen Medienstaatsvertrag gestaltet ist, lässt sich in § 31b des Medienstaatsvertrages erfahren. Dort heißt es Landesrundfunkanstalten, *das ZDF und das Deutschlandradio hätten jeweils ein wirksames Compliance Management System nach anerkannten Standards zu gewährleisten und nach dem aktuellen Stand fortzuschreiben. Sie hätten jeweils eine in Ausübung der Tätigkeit unabhängige Compliance-Stelle oder einen Compliance-Beauftragten einzusetzen, die oder der regelmäßig an den Intendanten und an den Verwaltungsrat berichtet. Soweit ein Aufsichtsgremium unmittelbar berührt ist, ist auch an dieses zu berichten. 4 Die Compliance-Stellen und -Beauftragten tauschen sich untereinander aus. Dar-*

²⁵ Kulturrat 2024

²⁶ Medienstaatsvertrag 2024 § 2

²⁷ Bundesverfassungsgericht 2008

über hinaus beauftragen die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, das ZDF und das Deutschlandradio jeweils eine Ombudsperson als externe Anlaufstelle für vertrauliche und anonyme Hinweise zu Rechts- und Regelverstößen in den jeweiligen Rundfunkanstalten. Die Ombudsperson soll die Befähigung zum Richteramt besitzen und darf keine wirtschaftlichen oder sonstigen Interessen haben, die geeignet sind, die neutrale und unabhängige Vertrauensstellung zu gefährden.²⁸

Dieser Zusatz war dem Medienstaatsvertrag, laut Berliner Senatskanzlei, 2023 im Zuge der seit Mitte 2022 bekannt gewordenen Vorkommnisse bei mehreren öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gemacht worden ungen den bestehenden § 31 des Medienstaatsvertrages um Regelungen zu den Themenbereichen Transparenz (§ 31a), Compliance (§ 31b), Gemeinschaftseinrichtungen und Beteiligungsunternehmen (§ 31c), Gremienaufsicht (§ 31d) und Interessenkollision (§ 31e) ergänzen und für alle ARD-Anstalten, das ZDF und das Deutschlandradio einheitlich hohe Standards setzen. Einzelne bereits bestehende kollidierende Regelungen im ZDF-Staatsvertrag und Deutschlandradio-Staatsvertrag sollen durch die neuen Vorschriften im Medienstaatsvertrag ersetzt und im Gegenzug aufgehoben werden.

Geschärft werden etwa die Anforderungen in Bezug auf die Transparenz der Gehälter von Führungskräften, die Einsetzung von unabhängigen Compliance-Beauftragten oder die Befangenheitsregeln für Gremienmitglieder. Ebenso sollen der Sachverstand in den Aufsichtsgremien gestärkt und die Gremiengeschäftsstellen angemessen mit Personal- und Sachmitteln ausgestattet werden, um deren möglichst unabhängige fachliche und organisatorische Zuarbeit für die Aufsichtsgremien zu gewährleisten.

-Senatskanzlei2023

Spezifische Rolle des ÖRR im deutschen Mediensystem

-ÖRR soll kein Konkurrenzprodukt sein, sondern alles auffangen was das konventionelle Mediensystem nicht garantieren kann

Der ÖRR ist gar nicht auf große Zuschauerzahlen angewiesen um seine Gesellschaftliche Rolle zu erfüllen.

Das Einstellen und Buchen von nichigen Kulturangeboten bsp. garantiert deren Erhalt und Möglichkeit auch darüber hinaus in der Gesellschaft

Das einstellen vieler Investigativjournalisten und deren chance zu arbeiten garantiert eine bessere Überwachung der Demokratie, auch wenn nicht jede woche eine große sache aufgedeckt wird. Investigativjournalismus ist „tail heavy“, meistens wird nichts wichtiges aufgedeckt, ab und zu allerdings eine weltbewegende Geschichte

- wer hat afd remigrationstreffen aufgedeckt?
- wer hat panama papers etc aufgedeckt?
- wie ist die investigativjournalistische Bilanz beim ÖRR

²⁸ Medienstaatsvertrag2024 §31b

2.3.2. Zufriedenheit

Schon 2014 beschimpften Bürger aus dem Umfeld von „Pegida“ etablierte deutsche Medien als „Lügenpresse“. Ein Jahr später wurde es von einer Jury zum „Unwort des Jahres“ gewählt²⁹. 2016 begann Donald Trump erfolgreich die Kontrolle durch die vierte Gewalt zu bekämpfen, indem er sie ab da über 2000 mal „Fake News“ nannte³⁰. Spätestens seit dem, wird in der Deutschen Medienlandschaft immer wieder und verstärkt über eine Vertrauenskrise in die deutschen Medien diskutiert³¹. Aber nicht nur die Medienwissenschaftler diskutieren über Sinn und Zweck des ÖRR, auch auf Social Media wird die Debatte nach wie vor geführt. Auf Reddit regt sich ein mutmaßlicher Nutzer auf wie es nur sein könne, dass er jeden Monat 20€ für etwas bezahlen müsse, was er nie nutze: Rote Rosen, Sturm der Liebe, das Traumschiff und dann noch den Tatort. Aber nicht nur das Unterhaltungsprogramm der ARD ist im Fokus der Kritiker. Im Juni 2025 holt der Journalist und Webvideoproduzent Tilo Jung in der Sendung „Monitor“ der ARD zum Rundumschlag gegen den Journalismus, und vor allem auch den im ÖRR beheimateten Journalismus aus. Der Qualitätsjournalismus läge in Deutschland 3 Meter unter dem Boden und sei faktisch tot. Deutsche Journalisten hielten sich nicht an journalistische Qualitätsstandards, dienten nicht der Öffentlichkeit, sondern ausschließlich den Mächtigen. Beim ÖRR könne man nur Chefredakteur mit Stimmen von CDU und SPD werden, dadurch stünde das gesamte System ÖRR in einer Koabhängigkeit mit der Politik. Den ÖRR sieht er dabei besonders in der Verantwortung, da dieser im Gegensatz zu den privaten Medien frei von Gewinnorientierung arbeiten könne. Allerdings arbeite der Journalismus in Deutschland primär um den Interessen der Mächtigen und der Staatsdoktrin zu dienen. Jung geht dabei so weit, dem Journalismus sein Dasein als Journalismus abzusprechen, und ihn stattdessen als „Propaganda“ zu betiteln. Aber auch Moderator und Leiter der Sendung „Monitor“ Georg Restle äußert scharfe Kritik am eigenen Arbeitgeber. Unter dem Deckmantel des programmatischen Grundsatzes „Vielfaltsgebot“ würden Redakteure des ÖRR ideologisch getriebene Beiträge produzieren, die journalistische Standards ignorieren. Darüber hinaus hätten die Mediatheken einen negativen Einfluss auf die Qualität der Programme, da sie Erfolg in Reichweite messen, und qualitativ hochwertige Programme, die aber geringe Zuschauerzahlen haben ein Ende bereiteten.³²

In einem Journalistischen Diskussionsbeitrag spricht der Jurist Hermann Binkert von einem „massiven Vertrauenseinbruch bei unter 30 jährigen“. Nur jeder Dritte dieser Altersgruppe vertraue ARD und ZDF.³³ Wie sehr die Deutschen tatsächlich zufrieden mit dem ÖRR sind, und wie sehr sie diesem Vertrauen schenken, messen mehrere Studien.

²⁹ Spiegel2015

³⁰ Woodward2020

³¹ Viehmann2023

³² Monitor2025

³³ Binkert2024

Medienvertrauen

Der Begriff des Medienvertrauens ist zentraler Teil dieses Themenkomplexes, und bedarf einer gewissen Erläuterung. Es bezeichnet das Ausmaß, in dem Menschen den Informationen glauben, die sie über Medien erhalten, und die Medien insgesamt als glaubwürdig, unabhängig und zuverlässig einschätzen. Es umfasst sowohl die Einschätzung zu einzelnen Themenfeldern, als auch das generelle Vertrauen in journalistische Institutionen. In einer demokratischen Gesellschaft ist dieses Vertrauen in Medien von grundlegender Bedeutung, weil es darüber entscheidet, ob Medien ihre grundlegende Funktion als vierte Gewalt – also als Kontrollinstanz gegenüber politischer Macht – wirksam erfüllen können. Demokratie lebt davon, dass Bürgerinnen und Bürger informierte Entscheidungen treffen, sich politisch beteiligen und Machtmissbrauch erkennen und sanktionieren können. Dafür braucht es eine Öffentlichkeit, in der Informationen frei zirkulieren und als glaubwürdig anerkannt werden. Zwar gibt es in einer modernen Gesellschaft andere Methoden um an zuverlässige Informationen zu gelangen als über den ÖRR, Private Sender und die Presse, das individuelle Erlangen dieser Informationen ist aber zeitaufwändig, benötigt intensive Ressourcen, und ist für jede individuelle Information die im Alltag benötigt wird nicht realistisch. Deshalb geben Bürger Medien einen „Vertrauensvorschuss“, dahingehend, dass sie **sorgfältig recherchieren und sachlich angemessen berichten, und unter allen Geschehnissen diejenigen auswählt, die für die Gesellschaft bedeutsam sind.** Es wird von Medien, die dieser Rolle gerecht werden wollen, auch erwartet, dass sie eine **unabhängige und sorgfältig** arbeitende Instanz sind, die nicht nur wichtige von unwichtigen, sondern auch **richtige von falschen und gute von schlechten Informationen** unterscheidet – mithin Fakten von Propaganda. Bürgerinnen und Bürger dann ein Risiko ein, wenn sie nicht überprüfbare Informationen aus Medienhand als Basis ihres Handelns verwenden. Dann besteht das Risiko, dass sie auf Basis falscher Informationen falsche oder schlechte Entscheidungen treffen. Ohne Vertrauen in Medien entsteht ein Informationsdefizit, dass es wahrscheinlicher macht, dass Menschen ihre Informationen aus alternativen, womöglich weniger akkuraten oder gut gesonnenen Quellen erhalten, als es der ÖRR in Deutschland sein sollte. Medienvertrauen spielt vor allem eine entscheidende Rolle wenn es um Informations-, Bildungs- und Nachrichtensendungen geht. Bei der Nutzung von Unterhaltungsangeboten wie TV-Shows oder Kinofilmen sind persönliche Geschmackspräferenzen und der Anspruch ausschlaggebend, gut unterhalten zu werden. Enttäuschungen haben hier weniger schwerwiegende gesellschaftliche Konsequenzen als im Fall falscher oder unzureichender Informationen, die Menschen möglicherweise zur Grundlage ihrer politischen oder wirtschaftlichen Entscheidungen machen³⁴

Im Licht der Argumentation der Nobelpreisträger Daron Acemoglu und James A. Robinson lässt sich das Phänomen Medienvertrauen in einen größeren institutionellen Zusammenhang stellen. Die Autoren betonen, dass die politische und wirtschaftliche Entwicklung einer Gesellschaft davon abhängt, ob ihre Institutionen inklusiv organisiert sind. In-

³⁴ Viehmann2023

klusive Institutionen ermöglichen breite Teilhabe, sichern Rechte, fördern Innovation und werden von einer aktiven Öffentlichkeit begleitet, die Fehlentwicklungen sichtbar macht.³⁵ Medien spielen in diesem Gefüge eine zentrale Rolle. Sie sind Vermittler zwischen Staat und Gesellschaft, Informationslieferanten und ein Forum für öffentliche Debatten. Wenn Medien unabhängig berichten können und Vertrauen genießen, tragen sie zur Stabilität und Weiterentwicklung inklusiver Institutionen bei. Ist das Vertrauen jedoch zerstört etwa durch politische Einflussnahme, wirtschaftliche Abhängigkeiten oder gezielte Desinformation sinkt die Fähigkeit der Medien, ihre demokratische Funktion zu erfüllen. Demzufolge ist Medienvertrauen somit nicht nur eine Frage individueller Einstellung, sondern ein Seismograph für die Qualität demokratischer Institutionen insgesamt. Diese Beobachtung deckt sich mit einem Zusammenhang, der in allen zu diesem Thema hier beleuchteten Studien, die sich damit beschäftigt haben, beobachtet wurde: Menschen die demokratischen und staatlichen Institutionen in Deutschland insgesamt vertrauen, haben auch ein deutlich erhöhtes Medienvertrauen.³⁶ Die beste Voraussage darüber, wie sehr ein Mensch Medien vertraut, ist das interpersonale Vertrauen, also wie sehr ein Mensch davon ausgeht seinen Mitmenschen grundsätzlich Vertrauen entgegenbringen zu können und dass die meisten Menschen gute Absichten haben. Daraus schlussfolgern die Autoren der Mainzer Langzeitstudie, dass Medienvertrauen auch Vertrauen in die Personen ist, die die Medien repräsentieren, oder die sie aus den Medien kennen. Das heißt allerdings nicht, dass Medienvertrauen nicht entstehen oder verschwinden kann. Eine gute Illustration für die Entstehung von neuem Medienvertrauen und dessen Nebeneffekten ist die Entwicklung in der Covid19 Pandemie. Am Ende des Jahres 2020 erreichte das Medienvertrauen in Deutschland seinen bisherigen Höchstwert. Die von der Pandemie verursachte Unsicherheit führte zu einem gesteigerten Informationsbedürfnis, dass das Medienpublikum anscheinend in Krisenzeiten am liebsten mit bewährten und etablierten Medien befriedigt, da diese mit ihren Ressourcen und Netzwerken gut in der Lage sind, komplexe Sachverhalten schnell zu recherchieren, sie redaktionell leicht verständlich aufzuarbeiten und zu vermitteln. Interessanterweise änderte dieses neu hinzugewonnene Publikum mitunter seine Ansichten zu anderen Themen, von denen etablierte Medien berichten. So schätzten Ende 2020 deutlich mehr Menschen die Berichterstattung zu den Themen Islam und Klima als vertrauenswürdig ein, als noch vor der Pandemie.³⁷ Es gäbe also eine Antwort auf die drängende Frage, wie man eingefleischte Gegnerinnen und Gegner der etablierten Medien zurückgewinnen kann: in Zeiten, in denen unabhängige und zuverlässige Berichterstattung gefragt ist, liefern, Erwartungen erfüllen oder sogar übertreffen, und durch diese wiederholten positiven Erfahrungen Medienvertrauen aufbauen.³⁸ Diese Erwartung besteht auch von großen Teilen der Bevölkerung. 86% glauben z.B. dass das ZDF eine verlässliche Informati-

³⁵ Robinson2013

³⁶ Brandenburg2025

³⁷ Viehmann2023

³⁸ Viehmann2023

onsquelle in Krisenzeiten sein sollte, und dass es Menschen dabei unterstützen soll, zwischen verlässlichen und gefälschten Informationen unterscheiden zu können (85 %). Allerdings glauben nur (53%) dass es das gegenwärtig auch tue.³⁹

Menschen, die den ÖRR mehr nutzen, fühlen sich besser von ihm repräsentiert, und darüberhinaus auch besser in der Gesellschaft integriert.⁴⁰ Insgesamt nutzten das Fernsehangebot des ÖRR in Deutschland laut einer repräsentativen Umfrage des FGZ-Standorts Hamburg immerhin 83,5 Prozent der Befragten; 58,5 Prozent der Befragten schalteten es sogar täglich oder **mehrmals täglich** ein.⁴¹ 5% nutzen das Onlineangebot des ÖRR als Hauptinformationsquelle. Zwar lassen diese Zahlen erstmal guten Anlass zum Glauben an ein auch künftig stabiles Vertrauen, aber der Altersdurchschnitt derer die den ÖRR aktiv konsumieren ist deutlich höher, als das der Durchschnittsbevölkerung. Mit 57-61 Jahren Durchschnittsalter waren die Medienkonsumenten etwa 10 Jahre älter, als der Altersdurchschnitt der Bevölkerung. Diese Überalterung und der enge Zusammenhang zwischen Konsum und Vertrauen lässt befürchten, dass in der Zukunft durch die demographischen Veränderungen in der Bevölkerung entstehen könnte. Tatsächlich zeigt die WDR Studie zur Glaubwürdigkeit, dass ältere Menschen (65+) den ÖRR auch etwas glaubwürdiger finden als junge Menschen (18-34), allerdings ist der Unterschied nicht dramatisch (58% vs 49%).⁴²

Das Medienvertrauen in den ÖRR in Deutschland ist, entgegen dem was die energisch geführte Debatte in der Öffentlichkeit vermuten lässt, relativ hoch. Die aktuellste Ausgabe der Mainzer Langzeitstudie für die zwischen 4. November und 7. Dezember 2024 bundesweit 1.203 Bürgerinnen und Bürger ab 18 Jahren in einer repräsentativen Telefonumfrage befragt wurden, befand den ÖRR als **das Medium in Deutschland, dem am meisten Vertraut wurde**. 61 Prozent der Deutschen sagten, dass das öffentlich-rechtliche Fernsehen eher oder **sehr vertrauenswürdig** war. Das Vertrauensniveau lag jedoch deutlich unter dem Wert während der Covid-19-Pandemie (70 %) oder des Vorpandemiejahrs 2019 (67 %). Gegenüber dem Vorjahr 2023 verlor der öffentlich-rechtliche Rundfunk 3 Prozentpunkte beim **Vertrauen** und lag damit auf dem bisherigen **Tiefstwert seit Beginn der Erhebung**. Das Vertrauen in Medien insgesamt war am höchsten bei Menschen mit Sympathien für die Grünen (71 %), die Linke (71 %) und die SPD (60 %). Anhängerinnen und Anhänger der CDU/CSU (48 %) und FDP (42 %) liegen im Mittelfeld, während Personen mit einer Parteineigung für BSW (27 %) und die AfD (15 %) ein geringes Vertrauen in die Medien aufwiesen.⁴³ In der aktuellen WDR Studie zur Glaubwürdigkeit empfanden immerhin 65% den ÖRR als Glaubwürdig. Dabei war das Vertrauen in die Radioprogramme höher als ins Fernsehen (65% vs 69%). Die Online Angebote des ÖRR erzielten das geringste Ver-

³⁹ Hasebrink2025

⁴⁰ Stegmann2024

⁴¹ Hasebrink2025

⁴² Dimap2025

⁴³ Brandenburg2025

trauen unter den ÖRR Angeboten (55%).⁴⁴ Im weiteren Sinne betrachtet, ist das Vertrauen in Online Angebote, und insbesondere in Social Media Angebote aber besonders gering. Sozialen Netzwerken wie Facebook, Instagram und X **vertrauen nur 3 Prozent**. Sagten im Jahr 2023 noch 27 Prozent der Befragten sagten, dass man den Netzwerken zumindest **teilweise vertrauen** könne, waren es im aktuellsten Erhebungsjahr nur **22 Prozent**. Gleichzeitig stieg der Anteil der Befragten, die den Netzwerken **überhaupt nicht vertrauen**, **um 6 Prozentpunkte auf 57 Prozent**. Die Autoren der Studie machen dafür anhaltende öffentliche Debatten über mögliche und tatsächliche politische Manipulationsversuche in diesen Netzwerken sowie die Täuschungsmöglichkeiten durch generative Künstliche Intelligenz verantwortlich. Es zeigt sich auch ein gewisses Differenzierungsvermögen bei den Zuschauern. Während alle Studien ein insgesamt recht hohen Medienvertrauen und hohe Glaubwürdigkeit zeigen, vertrauen Medienkonsumenten bei einzelnen Themen selektiv deutlich weniger. So befanden die Berichterstattung zum Thema „Gaza“ grade mal 27% als teilweise oder überwiegend glaubwürdig, während weitere 27% bei diesem Thema gar kein Vertrauen schenkten. Immerhin 40% vertrauten der Berichterstattung zum Thema „Russischer Angriffskrieg auf die Ukraine“.⁴⁵ Bei kontroversen und polarisierenden Themen wie „Kriminalität bei Geflüchteten“ werden die Medien oft gleich von zwei Seiten kritisiert. Die einen vertrauen möglicherweise deshalb weniger, weil sie den Eindruck haben, das wahre Ausmaß der Kriminalität werde von den Medien nicht abgebildet, letztlich also heruntergespielt; die anderen sind misstrauisch, weil sie den Eindruck haben, die Kriminalität werde in den Medien übertrieben dargestellt, also aufgebauscht, und unnötigerweise werde ein Zusammenhang zur ethnisch-kulturellen Herkunft der Tatverdächtigen hergestellt. Diese kontroversen Themenfelder bieten auch immer ein hohes Risiko des Verlustes von Medienvertrauen, da Menschen, denen ein Thema besonders wichtig ist, bei Enttäuschung der Erwartungen an die Berichterstattung zu diesem Thema, schnell ihr gesamtes Vertrauen in ein Medium verlieren.⁴⁶ Etwa jeder fünfte Deutsche findet zur Themenauswahl der Deutschen Medien insgesamt, dass diese **persönlich relevanten Themen** der Bürgerinnen und Bürger **nicht ernst nähmen** und dass die **in den Medien vertretenen Meinungen** stark von den individuellen Meinungen der Bürgerinnen und Bürger **abweichen**. Die Hälfte der Deutschen glaubt der Journalismus sei in den letzten Jahren „schlechter“ geworden, nur 10% glauben das Gegenteil.⁴⁷ 34 Prozent der Befragten waren zudem der Meinung, dass es eine **Diskrepanz zwischen den tatsächlich erlebten gesellschaftlichen Zuständen und deren Darstellung in den Medien** gäbe. Im aktuellen Befragungszeitraum, zeigen mehrere Studien eine Zunahme an „Medienzynismus“. Davon spricht man wenn Menschen Medien nicht nur wenig vertrauen, sondern ihnen sogar konspirative Merkmale, unlautere Motive und manipulative Arbeitsweise unterstellen. Dazu zählen

⁴⁴ Dimap2025

⁴⁵ Brandenburg2025

⁴⁶ Viehmann2023

⁴⁷ Steinbrecher2024

z.B. Aussagen wie: „Die Bevölkerung wird von den Medien systematisch belogen“. Dieser Aussage stimmte 2024 jeder 5. Deutsche zu. Zwei Jahre zuvor lag dieser Wert noch bei 14 Prozent. Die Zustimmung zur Aussage „Die Medien untergraben die Meinungsfreiheit in Deutschland“ stieg um 5% auf 20% . Nur noch die Hälfte der Deutschen lehnte die Aussage ab, dass in Deutschland Politik und Medien Hand in Hand arbeiteten, um die Bevölkerungsmeinung zu manipulieren.⁴⁸ Medienschaffende wurden als Elite wahrgenommen, als eine Gruppe von Menschen, die in ihrer politischen Haltung, in ihren demografischen Eigenschaften und in ihrem kulturellen Habitus homogen sein, und mehr mit anderen Eliten als mit der Durchschnittsbevölkerung gemein hätten. Dabei würden sie stark mit anderen Eliten wie der Politik interagieren und weniger mit ihrer eigentlichen Zielgruppe, den Rezipientinnen und Rezipienten.⁴⁹ Zwei Drittel der Deutschen glauben, dass Journalisten in ihrer Berichterstattung Positionen der Partei übernehmen, der sie nahestehen. Insbesondere eine nicht repräsentative Umfrage aus dem Jahr 2020, der zufolge über 90 Prozent der befragten ARD-Volontäre bei der nächsten Bundestagswahl die Grünen, die SPD oder die Linkspartei wählen wollten, wird immer wieder herangezogen, um diese Kritik zu stützen.⁵⁰ Tatsächlich standen immerhin 41% der deutschen Journalisten in einer Befragung 2024 den Grünen nahe, 16% der SPD und fast keiner der AfD. Das steht in Kontrast zur ermittelten Parteinähe der Gesamtbevölkerung zum Zeitpunkt zum selben Zeitpunkt in der Studie. Dort standen 19% den Grünen nahe, 17% der SPD und 10% der AfD.⁵¹ In Anbetracht dieser Zahlen liegt also die Vermutung nahe, dass die Wahrnehmung der Medienkonsumenten der Wahrheit entspricht, und die gefühlte tendenziöse Berichterstattung aus der Differenz in der Parteinähe entspringt. Wie sehr die Berichterstattung des ÖRR im Vergleich zu anderen deutschen Medien tatsächlich politisch tendenziös ist, haben Maurer et al. 2023 untersucht, indem sie eine quantitative Inhaltsanalyse der Politik-Berichterstattung von 9 öffentlich-rechtlichen Medienformaten und 38 privatwirtschaftlich organisierten Medien durchgeführt haben. Darin untersuchten sie wie positiv und negativ welche Parteien darin präsentiert wurden. Darüberhinaus wurde die Themenvielfalt untersucht. Die Bewertung aller Parteien in den 9 öffentlich-rechtlichen und den 34 privatwirtschaftlichen Vergleichsmedien war überwiegend negativ. Unterschiede zeigten sich im Ausmaß negativer Bewertungen. Bei einem Vergleich der Menge an negativen und positiven Beiträgen zeigte sich, dass die untersuchten öffentlich-rechtlichen Formate die SPD und die Grünen tatsächlich deutlich weniger negativ bewertet als die Vergleichsmedien (SPD -3% vs -21%, Die Grünen -27% vs -45%). Vergleicht man Regierungs- und Oppositionsparteien kumuliert, zeigt sich, dass die drei Regierungsparteien (-19%) in den öffentlich-rechtlichen Formaten insgesamt deutlich weniger negativ dargestellt wurden als die drei Oppositionsparteien (-43%), wohingegen die Vergleichsmedien diesen Unterschied nur minimal auf-

⁴⁸ Brandenburg2025

⁴⁹ Viehmann2023

⁵⁰ Maurer2024

⁵¹ Steinbrecher2024

wiesen (-34% vs. -38%). Die AfD wurden im ÖRR zwar am negativsten aller Parteien bewertet, kam aber deutlich besser davon, als in den Vergleichsmedien (-78% vs -86%). Über die Linke gab es gar keine Positiven Beiträge im ÖRR, somit viel die Gesamtbewertung mit -43% auch deutlich negativer aus, als in den Vergleichsmedien (-15%). Bei der Themenanalyse des ÖRR dominierte Wirtschaft/Arbeit und schwankte zwischen 25% (*Heute-Nachrichten*) und 34% (*MDR- Nachrichten*). Der Deutschlandfunk und die beiden Hauptnachrichtensendungen Tagesschau und heute wiesen einen relativ großen Anteil an außenpolitischen Nachrichten auf. Das Themenfeld Kultur/Bildung kam mit 4% im ÖRR noch einen Prozentpunkt seltener vor als in den Vergleichsmedien. Auch über Umwelt und Klima berichteten die Vergleichsmedien mehr (7% vs 8%).⁵² Insgesamt lässt sich also sagen, dass der ÖRR tatsächlich weniger negativ über SPD und Die Grünen berichtet, als die private Nachrichtenwirtschaft, dabei aber immer noch sehr negativ berichtet. Besorgniserregend ist darüberhinaus, dass der ÖRR trotz seines konkreten Auftrags und seiner finanziellen Unabhängigkeit genau die selbe Themenlandschaft und behandelt wie die Privatmedien und dem Thema Kultur und Bildung sogar etwas weniger Aufmerksamkeit schenkt. Immerhin wünschen sich 83% der Deutschen, dass der ÖRR die Deutsche Kultur in ihrer gesamten Breite abbilden solle.⁵³

Die Studie „Die Talkshow Gesellschaft von Paulina Fröhlich und Johannes Hillje liefert einen spannenden Einblick in die Gründe warum 50% der Deutschen an einen großen Einfluss der Politik auf die Medien, 39% an eine Abhängigkeit der Medien von „Mächtigen“ aus der Politik, und immerhin 31% an einen „Kontaktverlust“ zu Menschen wie ihnen glauben. In ihr wurde untersucht, wer im Format Talkshow, für wen spricht.⁵⁴ Der Journalist Fabian Goldmann hatte die Gäste von Anne Will, hart aber fair, Maischberger und Maybrit Illner aus dem Jahr 2019 schon entlang einer Reihe soziodemographischer Merkmale untersucht und war zu dem Schluss gekommen, dass die Gästelisten die Diversität der Gesellschaft nur unzureichend abbilden. Im Gegensatz zur Gesamtgesellschaft waren seinen Zahlen zufolge 38% der Talkshowgäste Frauen, 5% MigrantInnen, 12% Ostdeutsche und 6% „People of Color“. Möchte man die Abbildung gesellschaftlicher und politischer Vielfalt in Talkshows untersuchen, stellt sich allerdings nicht nur die Frage „Wer spricht?“, sondern vor allem: „Wer spricht für wen?“.

Den Untersuchungen der Studie zufolge waren 42,6 Prozent der Gäste in den Talkshows VertreterInnen von Parteien. 22,9 Prozent stammten aus dem Journalismus. Zusammengekommen kamen damit 65,5 Prozent der Gäste in den wichtigsten vier Polit-Talkshows aus Politik und Medien. Die Anteile von Gästen aus anderen gesellschaftlichen Bereiche fielen deutlich geringer aus: 8,8 Prozent der Gäste kommen aus der Wissenschaft; 6,4 Prozent aus der Wirtschaft; 2,8 Prozent aus dem Kulturbereich und 2,7 Prozent aus der organisierten Zivilgesellschaft. Nur 1,4% der Gäste kam aus dem Bereich Soziales, 0,7% aus der Religion, und 0,1% aus der Bildung. Aber bei genauerer Betrachtung zeigten sich

⁵² Maurer2024

⁵³ Hasebrink2025

⁵⁴ Steinbrecher2024

noch mehr Repräsentationsprobleme 70 % der PolitikerInnen kamen von der Bundesebene. Gemessen an der hohen Bedeutung der europapolitischen Ebene – fast jedes zweite Gesetz in Deutschland geht auf einen Impuls aus Brüssel zurück – sind PolitikerInnen aus EU-Institutionen sehr selten in Talkshowgäste. Sie machen nur 7,3 Prozent der Gäste aus der Politik aus. Aber auch die Repräsentation der „Wirtschaft“ war verzerrt. In acht von zehn Fällen wurde die Wirtschaft durch die Unternehmerseite repräsentiert. 46% der Gäste aus der Wirtschaft waren VertreterInnen von Unternehmen, 27% kamen aus Branchenverbänden. Nur 8% kamen aus Gewerkschaften und 9% Prozent von Verbraucher- und Konsumentenorganisationen. Ironischerweise sind die Vertrauensverhältnisse der Bürger zu diesen Institutionen quasi invertiert. 56% der Deutschen haben sehr großes oder großes Vertrauen in Nichtregierungsorganisationen. Dahinter liegen Gewerkschaften mit einem Vertrauenszuspruch von 53%. Großen Unternehmen und Arbeitgeberverbänden vertrauen nur 29 Prozent.⁵⁵ Den Arbeitgebern der größten Gruppe von Talkshowgästen, den politischen Parteien, schenken 2024 grade mal 8% der Deutschen großes Vertrauen.⁵⁶

Geringes Wissen über Journalismus korreliert mit geringem Medienvertrauen

Menschen, die mehr über den Journalismus wissen, mehrheitlich zu der Gruppe, die den etablierten Medien im Großen und Ganzen vertraut. Allerdings waren in der Mainzer Langzeitstudie nur 60 Prozent der Befragten waren über Verpflichtung zur Sorgfalt und Wahrheit im Bilde. Grundwissen über die professionellen Regeln und Arbeitsweisen der JournalistInnen ist laut den Autoren der Studie jedoch unerlässlich, um die Leistungen der Berichterstattung angemessen einschätzen zu können. Wie sich bei Befragungen gezeigt hat, kennt zwar eine Mehrheit wichtige Grundlagen und Prinzipien des Journalismus in Deutschland, ein nennenswerter Bevölkerungsanteil ist jedoch unsicher oder hat falsche Vorstellungen. Annähernd die Hälfte der Befragten antwortete entweder mit „weiß nicht“ oder falsch auf die Frage, ob Journalistinnen und Journalisten ohne gesetzliche Schranken berichten dürften, was sie wollten. Auf der anderen Seite zeigten sich 11 Prozent davon überzeugt, dass Journalistinnen und Journalisten jeden Beitrag, den sie veröffentlichen, vorher von Behörden prüfen lassen müssen. Weitere 10 Prozent wussten nicht, ob dies stimme oder nicht. Jeder vierte Befragte war nicht richtig darüber informiert, dass der Berufszugang im Journalismus frei ist und der Staat nicht prüfen und entscheiden darf, ob jemand diesen Beruf ausüben kann. Mehr als jede beziehungsweise jeder Fünfte konnte die grundrechtlich definierte Ausgangslage journalistischen Arbeitens in Deutschland nicht korrekt erfassen.⁵⁷

⁵⁵ Froehlich2020

⁵⁶ Steinbrecher2024

⁵⁷ Viehmann2023

3. Einflussmöglichkeiten auf den ÖRR



Gruppenbild der Mitglieder der Gremienvorsitzendenkonferenz der ARD vom 8.4.2025

Beratung bei der Programmherstellung

Offiziell kontrollieren den ÖRR in Deutschland die Rundfunkräte (ARD), der Fernsehrat (ZDF), und der Hörfunkrat (DLF). Trotz der verschiedenen Begrifflichkeiten bezeichnen sie alle ungefähr das selbe. Jede Rundfunkanstalt (NDR, SWR, ...) hat ihren eigenen Rat, dessen konkrete Beschaffenheit und Zusammensetzung in den Landesstaatsverträgen von der Politik des Bundeslandes geregelt wird.⁵⁸ Die Aufgabe dieser Gremien umfassen die Überwachung der Einhaltung des gesetzlichen Sendeauftrags, die Garantie des vom Gesetzgeber erdachten „Vielfaltssicherungskonzepts“, das die Offenheit des Zugangs zum Programm der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten für verschiedene gesellschaftlich relevante Gruppen sichern soll, und während der jeweilige Rundfunkrat zwar offiziell keinen Einfluss auf die Programmgestaltung hat sondern nur „berät“, da dies Aufgabe des Intendanten sei, wählt er diesen Intendanten auch selbst aus und wieder ab. Darüberhinaus wählt der jeweilige Rundfunkrat noch den Verwaltungsrat, ein weiteres Kontrollgremium, dessen Aufgaben vor allem aus Haushaltsfragen bestehen, aber auch die Ernennung mächtiger Mitglieder in der Steuerung des Programms, etwa der Position der „Programmdirektorin“, beinhalten. Im Beispiel des ZDF bestimmt der „Fernsehrat“ (der ZDF Begriff für „Rundfunkrat“) allerdings nur zwei Drittel der Mitglieder dieses Verwaltungsrates. Die anderen vier werden „von den Bundesländern berufen“. ⁵⁹ Die Verschiedenen Rundfunkräte unterscheiden sich mitunter massive in Budget, Zusammensetzung und Größe.⁶⁰ Allerdings entstehen alle von ihnen auf die selbe Weise: verschiedene Organisationen, darunter Fraktionen, Gewerkschaften, Arbeitgeber-, Wirtschafts- und Sozialverbände, Kirchen, Frauen- oder Jugendorganisationen, werden ermächtigt, Mitglieder zu entsenden. Die Mitglieder der Aufsichtsgremien werden nicht gewählt, sondern von den bestimmten Par-

⁵⁸ mediendiversitaet.de

⁵⁹ ZDF

⁶⁰ Stawowy2025

teien und Verbänden selbstständig entsannt. Die Mitglieder der Räte sollen offiziell allerdings keine Interessenvertreter dieser Organisationen sein, sondern lediglich deren Repräsentanten. Rechtlich sind sie nur ihrem Gewissen und dem Gesetz unterworfen und an Weisungen ihrer entsendenden Organisationen nicht gebunden. Nach Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sind sie „Sachwalter des Interesses der Allgemeinheit“ (BVerfGE 83, 238, 333) und „höchstes Organ der Anstalt“ (BVerfGE 31, 314, 328).⁶¹ Damit ist garantiert, dass der ÖRR eben kein „Staatsfunk“ ist. Soweit die Theorie. Tatsächlich aber entstehen die Rundfunkräte allerdings eben nicht aus der Zivilgesellschaft heraus, sondern sind von der Politik erdacht und rechtlich geregelt. Die Politik hat diese Strukturen geschaffen, kann diese ändern oder durch etwas ganz Neues ersetzen.⁶² Die Zuschauer haben keinerlei Einfluss darauf wer sie in den Rundfunkräten repräsentiert. Der „Gebührenzahler“ als solcher hat keinen einzigen Sitz im Rundfunkrat.⁶³ 2022 sah die Repräsentation der Bürger in den Rundfunkräten insgesamt so aus: in den zwölf Rundfunkräten saßen genauso viele Interessenvertreter*innen von Bauern und Bäuerinnen (weniger als 1 Prozent der Bevölkerung), wie von Menschen mit Migrationshintergrund (mehr als 27 Prozent der Bevölkerung). Die Gruppe der „Heimatvertriebenen“ (Menschen die vor 1938 ihren Wohnsitz in den „Ostgebieten“, dem „Sudetenland“ und „alten Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa“ hatten, vertrieben wurden und bis 1993 im Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen wurden⁶⁴) brachte es auf mehr Sitze als alle muslimische Organisationen zusammen. Mehr Über-80-Jährige überwachten das öffentlich-rechtliche Programm, als Unter-30-Jährige.⁶⁵ Diese Zahlen werden allerdings noch dadurch geschönt, dass die Räte mancher Rundfunkanstalten deutlich diverser und repräsentativer sind als andere. Stand 2022 stellte der Bayrische Rundfunk ein besonders gutes Negativbeispiel dar. Staatliche und staatsnahe Personen stellten die größte Gruppe in dessen Rundfunkrat (12x Landtag, 3x Kommunen, 1x Staatsregierung). Auch die Kirchenvertreter waren mit 10% deutlich überrepräsentiert. Eine einzige Person war unter 40.⁶⁶ Obgleich manche Rundfunkräte weniger monolithisch erscheinen, als der des BR, ihrem Anspruch, die Vielfalt der Gesellschaft zu repräsentieren, werden die öffentlich-rechtlichen Kontrollgremien definitiv nicht gerecht. Aber nicht nur deshalb haben Mediennutzerinnen und -nutzer in Deutschland kein probates Mitspracherecht bei der Programmgestaltung. Direkte Beteiligung an der Programmentwicklung ist gesetzlich sowieso nicht vorgesehen.⁶⁷ Was die Zuschauer können, ist ihre Meinung über vorgesehene Kanäle zu äußern: So unterhält die

⁶¹ WissenschaftlicheDienste2008

⁶² Rieg2025

⁶³ openPRRedaktion2024

⁶⁴ Bundesinnenministerium

⁶⁵ Goldmann2022

⁶⁶ Goldmann2022a

⁶⁷ WissenschaftlicheDienste2008

ARD beispielsweise eine „Zuschauerredaktion“, der man schreiben kann, während das ZDF Kontaktmöglichkeiten und Services für Anregungen und Kritik, bzw. „Programmbeschwerden“ bietet.⁶⁸ Daneben weist es in seiner Netiquette direkt auch darauf hin, dass Beschwerden ohne „höfliche und angemessene Formulierung“ ohne Rücksicht auf Kontext gelöscht werden.⁶⁹ Ein weiteres Mittel des Einflusses, den Zuschauer auf das Programm nehmen können, ist streitbarerweise die „Quote“. Nicht nur bei den privaten Anbietern wird die Quote stark beachtet, sondern auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen werden Sendungen dann abgesetzt oder geschrumpft, wenn sie die gewünschten Zuhörer- bzw. Zuschauerzahlen nicht erreichen.⁷⁰ Hier könnte man einen Konflikt mit dem Auftrag und der Rolle des ÖRR im dualen Mediensystem sehen, da seine Stärke eigentlich auch darin besteht, nicht auf Quoten angewiesen zu sein, sondern eben die Formate und Interessen zu bedienen, die im kommerziell orientierten Teil des Mediensystem eben nicht bedient werden können.

Zusammengefasst gibt es rechtlich also einen großen rechtlich geregelten Apparat zur Kontrolle und Programmsteuerung des ÖRR. Allerdings haben Zuschauer und Gebührenzahler selbst keine Kontrolle in diesem System. Politiker bestimmen wer in den Rundfunkräten sitzt und und ÖRR dabei beaufsichtigt, sie, die Politik, zu kontrollieren. Die Kontrollmöglichkeiten derer, denen der ÖRR eigentlich dienen soll, den BeitragszahlerInnen, beschränken sich im Kern auf „Leserbriefe“. Das erscheint in Betrachtung der in der Grundidee des ÖRR verankerten „Staatsferne“, sowie der Kontrollfunktion gegenüber der Politik, die dem ÖRR anvertraut ist, absurd.

Politische Einflussnahme

Die Betrachtung der Struktur dieser Kontrollorgane lässt verschiedene Schlüsse zu. Bestenfalls repräsentieren in den Rundfunkräten ein zugegebenermaßen recht undiverses, überaltertes, großenteils aus Parteivertretern bestehendes Grüppchen von Menschen, die Interessen der Deutschen Medienkonsumenten immer noch recht akkurat. Schlimmstenfalls nehmen die Mitglieder der Gremien skrupellos die Interessen ihrer Organisationen und Parteien ein, manipulieren die Berichterstattung und am Vorwurf „Staatsfunk“ ist doch tatsächlich etwas dran. Der Blick in die Vergangenheit zeigt einige besorgniserregende Fälle, allerdings auch rechtliche Konsequenzen. 2009 sprach der damalige Chefredakteur der SPD-Parteizeitung *Vorwärts* Uwe-Karsten Heye von einer drohenden „Berlusconisierung des Landes“. Grund dafür: Der ZDF Verwaltungsrat verweigerte seinem Chefredakteur Nikolaus Brender die Wiederwahl. Die Zusammensetzung des Verwaltungsrats damals: 5 Vertreter der SPD, 9 Vertreter der CDU.⁷¹ WDR-Intendant Fritz Pleitgen sprach ihm damals „einen hervorragenden Ruf“, „Unabhängigkeit“, „Leidenschaft“,

⁶⁸ ARD2024a

⁶⁹ ZDF2025

⁷⁰ WissenschaftlicheDienste2008

⁷¹ Huber2012

„Kompetenz“, „Streitlust“ und „Wahrhaftigkeit“ zu.⁷² Eigenschaften, die durchaus geeignet für die Rolle eines ZDF Chefredakteurs klingen mögen. Andere stellten sich ebenfalls an die Seite Brenders - von der "FAZ" über die "Welt" und die "Süddeutsche" bis hin zum "Handelsblatt" und der "Zeit" hatten deutsche Zeitungen dem Chefredakteur beste Eigenschaften für die Rolle als ZDF Chefredakteur bescheinigt. Auch der damalige ZDF Intendant Markus Schächter wollte seinen Vertrag verlängern.⁷³ Warum haben ihm die CDU Vertreter im Verwaltungsrat die Rolle trotzdem verweigert? Der Publizist Uwe Kammann nannte das Verhalten der CDU Mitglieder im ZDF Verwaltungsrat damals „ein klares Machtexempel“. Die Union habe zeigen wollen „wo der Hammer hängt“.⁷⁴ Recherchen des Spiegels verwiesen schon Monate vor der Entscheidung auf das was kommen würde. Die CDU Spitze hielt Brender demnach für „unberechenbar“ und „undiplomatisch“. Dem Bericht zufolge hatte auch Brenders Vorstoß, wonach Wünsche und Kritik von Politikern künftig schriftlich statt am Telefon geäußert werden müssten, um Versuche der Einflussnahme der Politik auf öffentlich-rechtliche Programm-Macher dokumentierbar zu machen, für Unzufriedenheit in der CDU Spitze gesorgt. Demnach machte Angela Merkel persönlich damals Druck um Brender „loszuwerden“.⁷⁵ Der damalige CDU Ministerpräsident und stellvertretender Vorsitzender des ZDF-Verwaltungsrats Roland Koch hatte schon im Vorfeld der Entscheidung seines Gremiums öffentlich mit falschen Tatsachen versucht Stimmung gegen Brender zu machen.⁷⁶ Aber es gab auch rechtliche Konsequenzen aus dem „Fall Brender“. Wegen dieser Vorgänge reichte die rheinland-pfälzische Landesregierung eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht ein.⁷⁷ Daraufhin erklärte das dieses 2014 Teile des ZDF Staatsvertrags für verfassungswidrig. Fernseh- und Verwaltungsrat seien nicht „staatsfern“ genug, hieß es damals von Seiten des Gerichtes. Die Menge an „staatsnahen“ Vertretern in allen Aufsichtsgremien des ÖRR wurden im Urteil auf ein Drittel beschränkt.⁷⁸

Ob dieses Urteil und die folgenden Umstrukturierungen die Probleme der Aufsichtsgremien tatsächlich beseitigt hat, untersuchte die Otto Brenner Stiftung zwischen April und August 2024 Informationen über alle 772 Mitglieder der Rundfunk- und Verwaltungsräte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland. Das Ergebnis: Der politische Einfluss in den Gremien des ÖRR reicht weit über die maximale gesetzlich vorgeschriebene Präsenz hinaus. Die Mitglieder der Gremien sind zwar tatsächlich nur noch maximal zu einem Drittel mit Menschen besetzt, die ein ein staatliches oder staatsnahes Amt innehaben, allerdings sind deutlich mehr Mitglieder der Gremien auch Mitglied in einer politischen Par-

⁷² GespraechmitDirkOliverHeckmann2010

⁷³ Spiegel2009

⁷⁴ GespraechmitDirkOliverHeckmann2010

⁷⁵ Spiegel2009

⁷⁶ Doerting2009

⁷⁷ Sterz2024

⁷⁸ Fittkau2015

tei. So war für 83% der Mitglieder des ZDF Aufsichtsrats, sowie 53% der ZDF Rundfunkräte eine Parteizugehörigkeit nachzuweisen. Insgesamt sind immerhin 41% aller Rundfunkratsmitglieder auch Mitglied einer Partei.⁷⁹ Zum Vergleich nur 1,4% der Deutschen insgesamt sind Mitglied in einer Partei.⁸⁰ Im besonders wichtigen Verwaltungsrat des ZDF sind vier von zwölf Mitgliedern amtierenden Ministerpräsidentinnen und -präsidenten. Zudem gibt es in den Gremien sogenannte „Freundeskreise“. Diese informellen Gruppen sind aufgeteilt in SPD-nah und Unions-nah und treffen sich außerhalb der offiziellen Sitzungen, um dort vorab schon mögliche Personalien abzusprechen und -stimmen.⁸¹ Aber der Parteipolitische Einfluss geht über die Mitglieder der Gremien hinaus. Die Rolle der ARD Programmdirektorin wird seit 2021 von Christine Strobl erfüllt. Sie ist seit Ende der 1980er Jahre CDU Mitglied, Tochter des ehemaligen Bundesministers für besondere Aufgaben, Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesministers des Innern, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und CDU-Parteivorsitzendem Wolfgang Schäuble. Außerdem ist sie mit dem CDU Politiker und ehemaligem Innenminister Baden Württembergs Thomas Strobl verheiratet. Sie setzt auf weniger Informationen und Bildung, dafür mehr Unterhaltung. Als eine ihrer ersten Amtshandlungen versuchte sie zum Ärger des Deutschen Journalisten-Verbandes die kritischen ARD Politmagazine „Kontraste“, „Monitor“ oder „Panorama“ zu beschneiden.⁸²

6.1 Internationale Beispiele partizipativer Medien-Governance

- Welche vergleichbaren Modelle gibt es im Ausland?
- Was lässt sich aus diesen Beispielen lernen?
- Wo sind kulturelle, rechtliche oder strukturelle Unterschiede?

8. Methodisches Vorgehen und gestalterische Haltung

- Welche Rolle spielt spekulatives Design im Projekt?
- Wie wird Gestaltung als Erkenntnismittel eingesetzt?
- Welche Validierungsformate kommen zum Einsatz (z. B. Interviews, Workshops)?
- Welche Haltung nimmt die Arbeit gegenüber gesellschaftspolitischen Wirkungen ein?

⁷⁹ Stawowy2025

⁸⁰ Niedermayer2022

⁸¹ Sterz2024

⁸² Ehrenberg2021

9. Prototypische Entwürfe als Lösungsansätze

- Welche inhaltlichen Anforderungen adressieren die einzelnen Prototypen?
- Welche Technologien werden wie eingesetzt?
- Welche Chancen und Herausforderungen entstehen daraus?

10. Gefahren

<https://verfassungsblog.de/offentlich-rechtlicher-rundfunk-afd-emfa/>

- Welche Risiken entstehen durch die vorgeschlagenen Veränderungen?
- Populismus, Desinformation, Vertrauensverlust – wie kann man ihnen begegnen?

11. Gesellschaftlicher Nutzen

- Lässt sich durch Reformen der informative, demokratische und finanzielle Nutzen steigern?
- Besteht realistische Aussicht auf mehr Vertrauen, bessere Qualität und Beteiligung?
- Wie tragen Reformideen zum gesellschaftlichen Diskurs bei?

11.1 Mögliche Langzeitwirkungen und Zukunftsszenarien

- Wie würde sich ein partizipatives Modell langfristig auswirken?
- Welche realistischen, utopischen oder dystopischen Entwicklungspfade sind denkbar?

Literaturverzeichnis

Die Formatierungsvorgaben für das Literaturverzeichnis sollten Sie mit dem/der betreuenden Erstprüfer*in abstimmen. Falls keine Angaben gemacht werden, können Sie sich z. B. am [APA-Standard](#) orientieren. Wichtig ist, dass das Literaturverzeichnis vollständig ist und Sie nur die Quellen angeben, die Sie im Rahmen Ihrer Bachelorarbeit wörtlich zitiert oder sinngemäß wiedergegeben haben. Literatur, die Sie lediglich zur Vorbereitung genutzt haben, gehört nicht in das Literaturverzeichnis. Achten Sie auf eine einheitliche Darstellung, verwenden Sie wissenschaftliche Quellen, und sortieren Sie die Quellen im Literaturverzeichnis alphabetisch (also nicht in der Reihenfolge des Auftretens im Text, sondern alphabetisch nach den Nachnamen der Autoren sortiert). Hinweis: Wikipedia gilt nicht als wissenschaftliche Quelle. Bei Internetquellen wird das Datum des letzten Aufrufs mit angegeben.

Anhang

Bestandteil eines Anhangs können umfangreiche Datenreihen sein, Quelltexte, transkribierte Interviews oder ergänzende Informationen wie z. B. Datenblätter. Falls Sie Ihren Anhang untergliedern, erscheint diese Gliederung auch im Inhaltsverzeichnis Ihrer Bachelorarbeit.

Eigenständigkeitserklärung

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende Bachelorarbeit mit dem Titel:

selbständig und nur mit den angegebenen Hilfsmitteln verfasst habe. Alle Passagen, die ich wörtlich aus der Literatur oder aus anderen Quellen wie z. B. Internetseiten übernommen habe, habe ich deutlich als Zitat mit Angabe der Quelle kenntlich gemacht.

Datum

Unterschrift